



Soziale Integration im Quartier

Förderung von Netzwerken
und Begegnungen in zwei benach-
teiligten Sozialräumen Dortmunds

Reiner Staubach, Dennis Zilske, Tobias Knorn



Auf einen Blick

- Einkommensarme Haushalte können durch soziale Kontakte im Alltag auf vielfältige Hilfen zurückgreifen. Unterstützung, die soziale Aufwärtsmobilität ermöglicht, ist dagegen seltener.
- Einen Beitrag zum sozialen Aufstieg leistet vor allem die Arbeit niedrigschwellig handelnder Institutionen.
- Kontakte zu ressourcenstärkeren Haushalten fördern nicht automatisch die sozialen Aufstiegschancen ressourcenschwächerer Bewohner_innen. Diese werden stärker von Personen der gleichen sozialen Lage und/oder ethnisch-kulturellen Herkunft beeinflusst, weil deren Unterstützung in bestimmten Situationen passgenauer ist.
- Die unmittelbare Wohnumgebung hat eine große Bedeutung. Hilfestellungen werden hier auch außerhalb fester Netzwerke vermittelt.

Forschung und Wissenstransfer im Hafenviertel und in Scharnhorst-Ost in Dortmund

Ziel war es, in zwei von Benachteiligung geprägten Stadtquartieren zu analysieren, in welchem Umfang und in welcher Art von Armut betroffene Haushalte Hilfestellungen durch soziale Kontakte erhalten und inwieweit die soziale Zusammensetzung der Wohnumgebung Einfluss auf den Zugang zu diesen Unterstützungsleistungen hat. Dafür wurde der Blick auf scheinbar Alltägliches gerichtet: Wen kann ich fragen, wenn etwas repariert werden muss und ich kein Werkzeug zur Hand habe? Wer hilft mir bei der Erledigung behördlicher Angelegenheiten? Wer gibt Tipps bei der Suche nach dem richtigen Arzt? Wer kann mir einen Job vermitteln? Ob hierbei auch eine Unterstützung durch Menschen mit einem höheren sozialen Status erfolgt, die nicht nur der Alltagsbewältigung dient, sondern die Lebenssituation verbessert, war ein wesentlicher Gegenstand der Untersuchung. Hiermit im Zusammenhang stand auch die Frage, unter welchen Bedingungen (wo und wann) die dafür notwendigen Kontakte überhaupt entstehen können und welchen Einfluss die im Quartier vorhandenen Akteure und Angebote hierauf haben.



Die Untersuchung beinhaltet drei methodische Bausteine von drei Verbundpartnern (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS), Geographisches Institut der Ruhr-Universität Bochum (RUB), Planerladen e.V.):

- eine quantitative Bewohnerbefragung (RUB)
- leitfadengestützte Bewohnerinterviews (ILS)
- leitfadengestützte Interviews mit lokalen Akteuren (Planerladen e.V.)

Durch die Kooperation mit den vor Ort Handelnden (den lokalen Akteuren) und im Rahmen mehrerer Dialogveranstaltungen wurden auch Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung des Austausches von Kontakten und Hilfen (sozialem Kapital) ausgelotet und erörtert. Zudem dienten die verschiedenen Formate der Zusammenarbeit und des Dialogs der Korrektur und Ergänzung des laufenden Forschungsprozesses, indem dort Zwischenergebnisse diskutiert wurden.

Die untersuchten Quartiere wurden ausgewählt, weil sie ein ähnliches Niveau der Benachteiligung aufweisen, sich ansonsten aber grundlegend unterscheiden. Das Hafenviertel mit seinen ca. 18.000 Einwohner_innen ist Teil der Dortmunder Nordstadt und damit ein gewachsenes, innenstadtnahes Quartier. Es ist ein klassisches Ankunftsquartier und Schwerpunkt der Zuwanderung nach Dortmund.

Die Großsiedlung Scharnhorst-Ost entstand ab Ende der 1960er Jahre ‚auf der grünen Wiese‘ mit einem hohen Anteil an Sozialwohnungen als Antwort auf die damalige Wohnungsnot. Heute hat der Stadtteil rund 12.500 Einwohner_innen.

Der Anteil der Arbeitslosen (Hafenviertel: 18,2 %, Scharnhorst-Ost: 17,2 %) und von Menschen im SGB-II-Bezug (34,7 % bzw. 38,2 %) unterscheidet sich in den Quartieren nur unwesentlich. Eine weitere Gemeinsamkeit ist die hochverdichtete Bebauung – hier wohnt man überdurchschnittlich eng zusammen. In beiden Quartieren haben über 60 % der Bewohner_innen eine Zuwanderungsgeschichte.

Der Umfang der Unterstützungsleistungen ist groß

Die Forschungsergebnisse verweisen auf einen ausgeprägten Umfang an Kontakten und gegenseitiger Unterstützung der Bewohner_innen in beiden Quartieren. Nur wenige Befragte können keine Person nennen, die ihnen Unterstützung gewährt. Entgegen den Erwartungen hat der Großteil der Befragten die Möglichkeit, über ein soziales Netzwerk Unterstützung zu erhalten. Dabei scheinen die unterschiedlichen Strukturen der Untersuchungsgebiete keinen signifikanten Einfluss auf die Kontakte und Begegnungen der Bewohner_innen zu haben. Scharn-

horst-Ost weist zwar eine geringere Dichte an Infrastruktur und somit an Kontaktmöglichkeiten auf. Aufgrund der konzentrierten Anordnung der vorhandenen Angebote am zentralen ÖPNV-Anschluss und angesichts einer Baustruktur, die etwa durch Höfe mit gemeinschaftlich nutzbaren Freiflächen und Spielplätzen kontaktfördernd wirkt, wird dies jedoch teilweise kompensiert.

Eine hohe Bedeutung der unmittelbaren Wohnumgebung

Die unmittelbare Wohnumgebung hat eine erkennbare Bedeutung für private Unterstützungsnetzwerke und Kontakte. Besonders ausgeprägt finden sich lokal verankerte Netzwerke bei Paaren und Familien mit Kindern, deren Unterstützer_innen häufig in der Nähe wohnen.

Hier scheint neben der räumlichen Nähe auch die soziale Zusammensetzung der unmittelbaren Wohnumgebung von Bedeutung zu sein. In sozial gemischten Wohnumgebungen findet sich zugleich ein höheres Ausmaß an Kontakten zwischen Menschen mit unterschiedlichem sozialem Status. Die Befragten verfügen hier beispielsweise über eine höhere Zahl an Personen, die Tipps zur Arbeitsplatzsuche geben können.

Für den Austausch von Unterstützungsleistungen sind zwar die mit entsprechenden Mitteln ausgestatteten Austauschpartner_innen nötig, diese müssen aber nicht zwangsläufig zum engeren sozialen Netzwerk gehören, da ein Austausch auch über losere Kontakte stattfindet. Die räumliche Nähe und die sich daraus ergebenden wiederkehrenden Begegnungen sorgen für entsprechende Gelegenheiten zum gegenseitigen Austausch auch von Personen unterschiedlicher sozialer Lage.

Zur Alltagsbewältigung, sozialen Aufwärtsmobilität und der Bedeutung von Institutionen

Die Ergebnisse der Bewohnerbefragung widersprechen der oft angestellten Vermutung, dass von Armut betroffene Menschen vor allem Kontakt zu ihresgleichen haben.

Während die Mehrheit der befragten Bewohner_innen auf vielfältige und zum Teil umfangreiche Hilfestellungen zur Alltagsbewältigung zurückgreifen kann, erscheint der Zugang zu Mitteln und Wegen, die einen sozialen Aufstieg ermöglichen, deutlich begrenzt. Dabei konnte belegt werden, dass vorhandene Kontakte zu Menschen mit höherem sozialen Status nicht zwangsläufig auch einen verbesserten Zugang zu Unterstützungsleistungen bedeuten. Da bei dieser Untersuchung die soziale Benachteiligung aber am Bezug von Leistungen nach dem SGB II (dem sog. Hartz IV) festgemacht wurde, ist dieser Befund nur bedingt zuverlässig. Vielmehr ist davon auszuge-



hen, dass Menschen auch dann, wenn sie in befristeten und/oder prekären Arbeitsverhältnissen stehen, faktisch ähnlich benachteiligt sind wie die Befragten.

Zudem verweisen insbesondere die Bewohnerinterviews darauf, dass es nicht nur ressourcenstärkerer Ansprechpartner bedarf, sondern dass zwischen den Austauschpartner_innen auch eine entsprechende Anschlussfähigkeit (im Sinne von ‚zueinander passen‘) gegeben sein muss. So finden sich Hinweise darauf, dass diese bei Menschen aus derselben ethnisch-kulturellen Herkunftsgruppe eher gegeben sind.

Neben persönlichen Netzwerken sind für den sozialen Aufstieg vor allem niedrigschwellig arbeitende Institutionen bedeutsam. Vor allem in den Bereichen Arbeitsmarkt und Bildung spielen Angebote von institutionellen Akteuren eine wichtige Rolle, da sie Lücken in persönlichen Netzwerken teilweise kompensieren können.

Handlungsempfehlung I: Strukturelle Förderung für strukturelle Herausforderungen

Es ist nicht überraschend, dass im Rahmen der Dialogveranstaltungen mit Bewohner_innen und Akteuren auch Themen aufgegriffen und diskutiert wurden, die nicht im unmittelbaren Fokus des Forschungsprojektes standen oder die von lokalen Akteuren kaum maßgeblich beeinflusst werden können und dennoch zentral sind. Grundsätzlich wurde zudem kritisiert, dass die für die Arbeit im Stadtteil zur Verfügung gestellten Mittel allzu häufig projektorientiert eingesetzt werden müssen und somit strukturellen Problemen und Herausforderungen oft nicht mit ebenso struktureller Förderung begegnet werden kann. Angesichts der sich regelmäßig wandelnden Förderlandschaft und -bedingungen müssen diese Angebote oftmals immer wieder neu eingerichtet und gestartet werden. Auch deshalb erweist sich die Projektlandschaft vor allem im Hafenviertel für viele Bewohner_innen, aber auch für professionelle Akteure als wenig transparent. Dieser Umstand kann dazu führen, dass sogar das Ausfindigmachen der richtigen Anlaufstelle bereits im Vorfeld Hilfestellungen im Rahmen aufsuchender Arbeit, d. h. von Seiten der agierenden Institution voraussetzt.

Handlungsempfehlung II: Fingerspitzengefühl zeigen – Zielgruppenorientierung versus gruppenübergreifende Angebote

Als Schlüssel für die Akzeptanz und Inanspruchnahme von Angeboten wurde eine größtmögliche Niedrigschwelligkeit genannt. Dies setzt einen längeren Vertrauensaufbau zu den Bewohner_innen voraus und bedarf mitunter des Einsatzes kultursensibler und sprachkompetenter Vermittler_innen oder Lotsen aus der jeweiligen Zielgruppe. Die Forderung nach einer möglichst

bedarfsgerechten und lebensweltnahen Ausrichtung verweist auf die Notwendigkeit der Passgenauigkeit der Angebote. Hier wurde die Einschätzung vertreten, dass die dialogische Einbindung der Zielgruppe bereits während der Angebotsentwicklung dies am ehesten gewährleisten würde. Den stärksten Zuspruch erfahren ohnehin vor allem die existenziell bedeutsamen Angebote.

Obwohl im Hafenviertel das Angebot an öffentlichen Einrichtungen spezialisiert ist, wurde vereinzelt der Wunsch geäußert, mit einem offeneren Veranstaltungsangebot auch Menschen aus anderen Quartieren anzusprechen. In Scharnhorst-Ost wurde diesbezüglich ein deutlich stärkerer Handlungsbedarf formuliert: So wird eine sinnvolle, vielleicht sogar notwendige Ergänzung des Angebotes an Begegnungsmöglichkeiten etwa im Umfeld des vorhandenen Begegnungszentrums gesehen. Während die Arbeit des Zentrums zwar positiv beurteilt wird, fällt dennoch auf, dass bestimmte Gruppen nicht erreicht werden. Deshalb werden möglichst inklusive Angebote gewünscht, die breitere Bevölkerungsgruppen ansprechen und auch über den Stadtteil hinaus Anziehungskraft entwickeln. Die Entscheidung zwischen notwendiger Zielgruppenorientierung und gruppenübergreifenden Angeboten verlangt viel Fingerspitzengefühl. Tatsächlich können spezifische Angebotsformate für schwerere erreichbare Zielgruppen einen erforderlichen ersten Zwischenschritt darstellen auf dem Weg zu gruppenübergreifender Begegnung und Interaktion.

Möglichkeiten des Kennenlernens und Austausches werden in erster Linie im Rahmen unverbindlicher Angebote (Musik, Tanz, Essen & Trinken) gesehen. Dabei solle der Grad der Professionalisierung nicht zu hoch sein, um die Mitwirkung aus der Bewohnerschaft und vor allem Begegnungen ‚auf Augenhöhe‘ zu ermöglichen. Von Bedeutung sind hier auch Akteure wie Sport-, Kleingarten- und sonstige Vereine, denen eine große integrative Wirkung zugeschrieben wird. Dass die Vereine zwar prinzipiell offen seien, bei der tatsächlichen praktischen Öffnung und Akzeptanz gegenüber neuen Zielgruppen aber durchaus Nachbesserungsbedarf bestehe, wird von Aktiven aus den Vereinen selbst teilweise kritisch angemerkt. Im Hinblick auf die Akteursnetzwerke wird zudem die stärkere Einbindung von Migrantenselbstorganisationen als unverzichtbar erachtet.

Handlungsempfehlung III: Interkulturelle Öffnung wagen – zur Bedeutung ethnischer Kategorien

Trotz ihrer großen Bedeutung scheinen institutionelle Angebote nicht allen Bewohner_innen gleichermaßen zur Verfügung zu stehen. Gerade die Zugänglichkeit bzw. Zugangs-offenheit von im Stadtteil vorhandenen Angeboten wurde in



Scharnhorst-Ost im Projektverlauf selbstkritisch diskutiert. Die aktive Auseinandersetzung mit einer (interkulturellen) Öffnung bzw. der Erschließung neuer Zielgruppen findet jedoch insgesamt noch zu wenig statt, obgleich ein Problembewusstsein bei den Akteuren beider Quartiere durchaus zu verzeichnen ist. Aus den Experteninterviews wird deutlich, dass für die befragten institutionellen Akteure und ihre Arbeit ethnische Zuordnungen durchaus eine Rolle spielen. So wird mitunter von Grenzziehungen zwischen verschiedenen Herkunftsgruppen berichtet.

Allerdings wurde auch darauf verwiesen, dass ethnische Gruppenstrukturen durchaus eine Berechtigung haben können und nicht zwingend ‚aufzubrechen‘ seien: zum einen, weil diese Gemeinschaften über einen inneren Zusammenhalt verfügen und die gegenseitige Unterstützung durchaus funktionsfähig sein kann; zum anderen, weil auch scheinbar geschlossene Communities in gewissem Maße Kontakte zwischen Menschen mit unterschiedlichem sozialem Status herstellen können, da sie durchaus sozial heterogen zusammengesetzt sein können.

Während ethnischen Kategorien und Zuschreibungen von den Expert_innen im Rahmen der täglichen Arbeit lokaler (sozialer) Einrichtungen weiterhin eine hohe Bedeutung beigemessen wird, werden solche Einteilungen von den befragten Bewohner_innen deutlich anders eingeschätzt. Somit sollte deren Bedeutung zumindest in gewissem Umfang in Frage gestellt werden. Eine unterschiedliche ethnisch-kulturelle Herkunft entfaltet aus Bewohnersicht keine Relevanz im Alltag und wird entsprechend auch nicht als entscheidender Faktor für Grenzziehungen in persönlichen Netzwerken gesehen. Dieser von der Akteursperspektive deutlich abweichenden Wahrnehmung sollte in jedem Fall weiter nachgegangen werden.

Das Erreichen bestimmter Zielgruppen und die Öffnung der Angebote wurden aus durchaus unterschiedlichen Blickwinkeln diskutiert, was auf einen Balanceakt hindeutet. Einerseits werden zielgruppenspezifische Angebote gefordert und zumeist als unverzichtbar betrachtet. Andererseits wird ein inklusiver Ansatz angemahnt, der sich eben nicht auf Angebote für spezielle Gruppen beschränkt, sondern den gruppenübergreifenden Austausch in den Mittelpunkt der Aktivitäten rückt. Dieser ganzheitliche Ansatz spiegelt sich in der aktuellen Förderlogik aber oft nicht wider.

Deutlich wurde aber auch, dass eine inklusive Stadtteilentwicklung angesichts ausgeprägter Einkommensarmut nur

gelingen kann, wenn auch die von Ausgrenzung bedrohten Gruppen einen angemessenen Zugang zu den auf gesamtstädtischer Ebene verfügbaren Ressourcen (Förderprogramme, Know-how, politische Diskurse, Medien etc.) erhalten. Die Initiativen verschiedener, meist zivilgesellschaftlicher Institutionen in der Nordstadt setzen mit ihren Kampagnen und Dialogformaten (Speeddating-Events, Foren etc.) gerade hier an.

Über die Autoren

Prof. Dr. rer. pol., Dipl.-Ing. Raumplanung Reiner Staubach – Reiner Staubach befasst sich seit 40 Jahren mit den Entwicklungen in der Nordstadt und wohnt auch dort. Er ist Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Planerladen e.V. sowie Hochschullehrer an der Detmolder Schule für Architektur, Innenarchitektur und Stadtplanung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Zuwanderung in urbanen Räumen, integrierte Quartiersentwicklung sowie Strategien zur Beteiligung und Aktivierung.

Dennis Zilske (Dipl.-Ing. Raumplanung) – Dennis Zilske ist seit über zehn Jahren in unterschiedlichen Projekten des Planerladen e.V. in der Dortmunder Nordstadt beschäftigt und wohnt auch dort. Nach mehrjährigen Erfahrungen im Quartiersmanagement Nordstadt ist einer seiner Schwerpunkte im Planerladen die Konfliktvermittlung im Stadtteil.

Tobias Knorn (M.A. Sozialwissenschaft) – Tobias Knorn hat in seiner Masterarbeit die sozialen Netzwerke benachteiligter Familien in der Nordstadt untersucht. Im Planerladen e.V. ist sein Arbeitsschwerpunkt die Konfliktvermittlung im Stadtteil.

Impressum

Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.),
Kronenstraße 62, 40217 Düsseldorf, Telefon: 0211 99450080,
E-Mail: info@fgw-nrw.de, www.fgw-nrw.de

Geschäftsführender Vorstand: Prof. Dr. Dirk Messner,
Prof. Dr. Ute Klammer (stellv.)

FGW-Themenbereich: Integrierende Stadtentwicklung
Prof. Dr. Heike Herrmann, Vorstandsmitglied (Hrsg.)
Dr. Jan Üblacker, wissenschaftlicher Referent (Hrsg.)

Layout: Olivia Pahl, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Förderung: Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes
Nordrhein-Westfalen

Erscheinungsdatum: Düsseldorf, November 2018

ISSN: 2512-4765

Erfahren Sie mehr in der Studie:

FGW-Studie Integrierende Stadtentwicklung 11
www.fgw-nrw.de/studien/stadtentwicklung11.html

